

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Hasina ruft die Opposition zur Rückkehr ins Parlament

Premierministerin Sheikh Hasina appellierte an die wichtigste Oppositionspartei, die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), ihren Sitzungsboykott zu beenden und sich an der Herbst-Sitzungsperiode des Parlaments zu beteiligen, die am 2. November beginnen soll. Frau Hasina beklagt, daß die BNP das parlamentarische System unterlaufe und nicht helfe, den Demokratisierungsprozeß zu unterstützen, der nach zwei Jahrzehnten wieder mühsam aufgebaut werde. Die BNP-Abgeordneten verließen das Parlament am 30. August mit dem Vorwurf an den Parlamentspräsidenten, Humayun Rashid Chowdhury, ihre Redezeit auf Geheiß der Regierungspartei, 'Awami League', gekürzt zu haben. Chowdhury bestritt dies und verwies auf die Geschäftsordnung, nach der die Redezeiten aufgeteilt worden seien. Tatsächlich habe die Opposition sogar mehr Redezeit genutzt als vorgesehen. Dieser Streit wird allen Anzeichen nach anhalten, da die BNP-Abgeordneten beschlossen haben, den Boykott auch für die Dauer der Herbst-Sitzungsperiode aufrecht zu erhalten.

Drei tote Soldaten bei Konflikt um Steinbruch an der Grenze

Zwei Soldaten der indischen Grenz-

truppen ('Border Security Force', BSF) wurden von bangladeshischen Bürgern aus einem grenznahen Dorf gelyncht, nachdem ein bangladeshischer Grenzsoldat am 30. Oktober vermutlich durch indische Grenztruppen erschossen worden war. Dies verschärfte die Spannungen entlang der 'Guanighat'-Grenze im Sylhet Distrikt im Nordosten von Bangladesh. Nach Informationen von Anwohnern kam es zu diesem Konflikt, als indische Grenzsoldaten Arbeiter aus einem bangladeshischen Steinbruch direkt an der Staatsgrenze an ihren Arbeiten hindern wollten. Unmittelbar nach diesem tödlichen Vorfall beschlossen die Befehlshaber auf beiden Seiten die umstrittene Eigentumsfrage durch Verhandlungen vor Ort zu lösen. Laut der Zeitung 'Bangladesh Observer', die sich auf den bangladeshischen Befehlshaber Shafique Shahjahan beruft, verliefen die Verhandlungen in einer freundlichen Atmosphäre und alle Dorfbewohner, die ihre Häuser in der Grenzregion verlassen hatten, sind mittlerweile zurückgekehrt.

Verstaatlichung von Zeitungen

Die Regierung hat den Privatisierungsprozeß von vier Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen des öffentlichen 'Times-Bangla'-Fonds abgeschlossen. Die betroffenen Publikationen sind die Tageszeitungen 'Dainik Bangla', 'Bangladesh Times', die Wochenzeitung 'Bi-

chitra' sowie die zweiwöchentlich erscheinende 'Ananda Bichitra'. Sie werden in Kürze durch die Privatisierungskommission übergeben. Laut einer Presseerklärung der Regierung litten diese Publikationen unter Mißmanagement und Korruption und sie gerieten trotz staatlicher Unterstützung, vor allem durch amtliche Anzeigen, in immense finanzielle Schwierigkeiten. Schließlich konnten seit Juni 1997 die Gehälter der Journalisten und Angestellten nicht mehr ausgezahlt werden.

Fusion der 'Jatiyo Samajtantrik Dal'-Splittergruppen

Nach mehr als zwei Jahrzehnten Trennung beschlossen zwei Gruppen der linken Partei 'Jatiyo Samajtantrik Dal' (JSD) ihre Fusion. Die Wiedervereinigungspläne wurden während eines Treffens der beiden führenden Köpfe, A.S.M. Abdur Rab und Hasanul Haq, bestätigt. Eine weitere Splittergruppe unter Leitung des Sozialisten Moinuddin Khan Badal beschloß ebenfalls, sich der Mutterpartei wieder anzuschließen. Rab, ein Parlamentsabgeordneter, trat zuvor der Regierung des "Nationalen Konsens" unter Premierministerin Sheikh Hasina als Schiffsfahrtsminister bei. Die JSD wurde 1973 von Abtrünnigen der 'Chattra League', einer der 'Awami League' von Sheikh Hasina nahestehenden Studentenorganisation, gegründet.

Interne Konflikte schwächen die Oppositionskampagne

von Ahmed Fazl

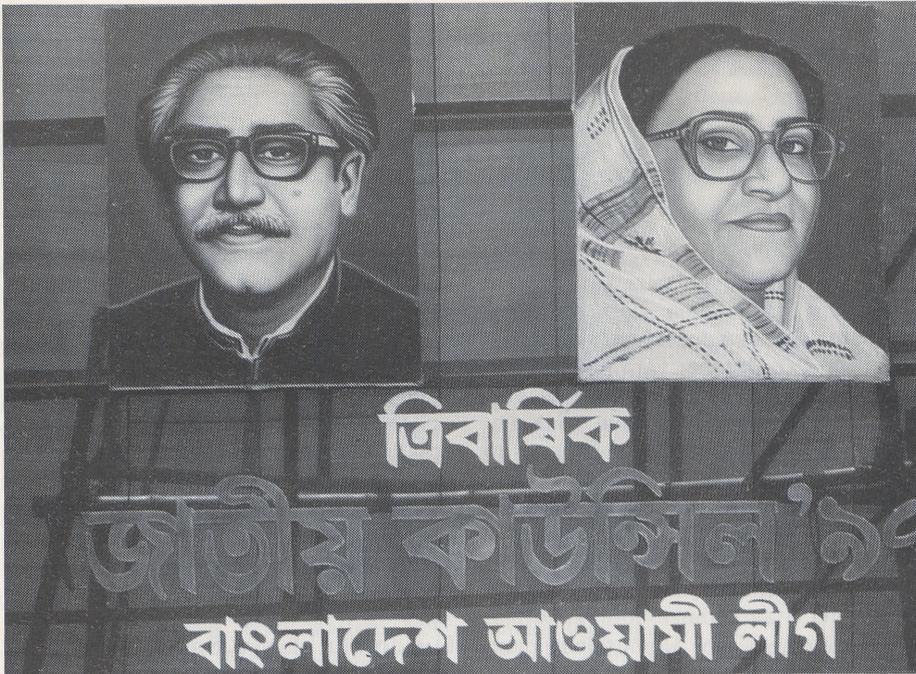
Der Elan der Oppositionskampagne gegen die 16-Monate alte Regierung von Premierministerin Sheikh Hasina hat an Schwung verloren, nachdem die wiederholten Streikaufrufe der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) in der Bevölkerung keinen Rückhalt fanden. Die BNP unter der Oppositionsführerin Begum Khaleda Zia wirft der Regierung Mißmanagement und den bedingungslosen Verkauf nationaler Interessen an den indischen Nachbarn vor. Sie beziehen sich vor allem auf den langfristigen Vertrag zur Aufteilung des Gangeswassers sowie

das Angebot von Transitmöglichkeiten durch Bangladesh. Die verschärfte anti-indischen Kampagnen der BNP haben laut Beobachtern jedoch nicht den Nerv der Bürger gefunden. Nach einer Meinungsumfrage wünscht eine große Bevölkerungsmehrheit eine Belebung der politischen Beziehungen zwischen Dhaka und Delhi.

Die Oppositionskampagne hat auch wegen interner Streitigkeiten in der BNP an Schärfe verloren. Die größte Oppositionspartei regierte Bangladesh von 1991 bis zum März 1996, als sie

nach Bürgerprotesten und Unruhen zum Rücktritt gezwungen wurde. Die anschließenden Parlamentswahlen verlor die BNP und ihr Erzrivale, die 'Awami League' unter der Führung von Sheikh Hasina übernahm nach einer Unterbrechung von 21 Jahren wieder die Regierung. Mit diesen Wahlen unter internationaler Beobachtung endete eine jahrelange Phase bitteren politischen Unmuts. Gleichzeitig wurde der Weg für Reformen geebnet, die wieder Ruhe einkehren ließen.

Teil dieser Reformen ist die Ernennung



Sheikh Hasina ist wieder in die Schußlinie ihrer Opponentin Khaleda Zia geraten (Fotos: Walter Keller)

nung eines parteilosen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, die Einführung einer neutralen Übergangsregierung vor den nächsten Parlamentswahlen und der erklärte Wille, den religiösen Fundamentalismus einzudämmen. Mit diesen Schritten ist das Land nun inmitten eines raschen politischen Transformationsprozesses, hin zu einem westlich-orientierten Parlamentarismus.

Zusätzlich reduzierten die beiden Reis-Rekordernten von 1996 und 1997 die alljährlichen Versorgungsengpässe. Mittlerweile genießt das Land auch wieder Vertrauen unter den einheimischen und internationalen Investoren.

Mit der Übergabe des Amtes des Staatspräsidenten an eine außenstehende Person hat die Premierministerin bewiesen, daß sie es mit ihrer nationalen Einheitsbestrebung ernst meint. Staatspräsident Shahabuddin Ahmed, der pensionierte Vorsitzende des obersten Gerichts, hat in diesem parlamentarischen System nur noch beschränkte Befugnisse, genießt jedoch hohes Ansehen und Autorität wegen seines sozialen Engagements und seiner langen juristischen Karriere.

Schon bald nach der Regierungsübernahme nahm die 'Awami League' offizielle Kontakte mit Indien auf, die schließlich im Dezember 1996 zum Abschluß des historischen Ganges-Wasser-Vertrages mit einer Laufzeit von 30 Jahren führten. Auch wenn beide Länder gemeinsam an insgesamt 53 Flüsse angrenzen, so war stets der Ganges das größte bilaterale Problem. Trotz der innenpolitischen Kritik, daß Bangladesh als "Unterlieger" weniger Wasser erhalten würde als Indien, wurde dieser Vertrag international begrüßt.

Mit dem Abschluß des jahrelangen Streits um die jeweiligen Wassermengen für beide Staaten hat Dhaka nun gute Aussichten für die internationale Finanzierung eines Ganges-Stauwehrs auf eigenem Territorium. In diesem Stauwehr soll Überschußwasser der Monsun-Regenzeit gespeichert werden, um anschließend während der Trockenperiode Ackerland zu bewässern.

Sheikh Hasina beschloß zudem schon frühzeitig, daß ihre Regierung eine Einigung mit den 'Shanti Bahini'-Freiheitskämpfern erreichen müsse, die sich für ein autonomes 'Homeland' der buddhistischen Stammesbevölkerung in den Chittagong-Bergen im Südosten des Landes einsetzen. Im Verlauf eines Jahres führten insgesamt fünf Verhandlungsrunden mit den Stammesführern zu einem Friedensvertrag, der möglicherweise schon im November unterzeichnet wird. Er soll zwei Jahrzehnte der Feindschaft mit etwa 8.000 Todesopfern auf allen Seiten beenden.

Die Regierung stimmte einer größtmöglichen Autonomie in den Stammesgebieten zu, soweit es die Verfassung zuläßt: Gewählte Stammesführer übernehmen die lokale Verwaltung, die Landrechte der Stämme bleiben erhalten und bengalische Siedler aus den Ebenen werden ausgeschlossen. Im Gegenzug hat die Regierung die Zusage erhalten, daß die Feindseligkeiten, die bis zu 10.000 Soldaten der regulären Armee gebunden hatten, von den 'Shanti Bahini' eingestellt werden.

Auch diese Friedensanstrengungen werden von der oppositionellen BNP torpediert. Sie befürchtet, daß die Berggebiete durch diesen Vertrag letztendlich

unabhängig und sich vom Staat abspalten würden. Die Vertragsverhandlungen werden zum Beispiel mit dem Vorwurf kritisiert, daß durch den Rückzug der Armee die nationale Sicherheit gefährdet würde. Trotz der wiederholten Dementis der Regierung, wonach die Armee nicht zurückgezogen würde, rief die BNP zu einer landesweiten Arbeitsniederlegung auf - beachtet wurde der Aufruf jedoch kaum.

Die schwache Reaktion auf die Oppositionskampagne zwang Begum Khaleda Zia, nach neuen politischen Verbündeten Ausschau zu halten, um die Regierung stürzen zu können. Sie steht kurz vor einer formellen Allianz mit der islamistischen Partei 'Jamaat-i-Islami'. "Wir befinden uns nun in einer Schlacht, um das Land vor dem Zerfall zu retten", sagte die Ex-Premierministerin in einem Willkommensgruß an die muslimischen Fundamentalisten.

Die Mehrheit der heutigen 'Jamaat-i-Islami'-Führer waren 1971 gegen die Abspaltung von Pakistan. Einige hatten mit der pakistanischen Armee aktiv zusammengearbeitet und den Unabhängigkeitskampf der Bengalen mit Gewalt bekämpft. Durch diese Kollaboration geriet die 'Jamaat-i-Islami' 1971 ins politische Abseits. Ihre jüngste Annäherung an die BNP erregt deren Mitglieder, die sich aktiv am Unabhängigkeitskampf beteiligt hatten.

So haben sich unterdessen auch die Widersprüche innerhalb der BNP verschärft. Die Ultrationalisten haben Begum Zia offen vorgeworfen, daß die Zusammenarbeit mit den Islamisten dem öffentlichen Image der eigenen Partei als einer Organisation, die von einem früheren Helden der Unabhängigkeit gegründet wurde - nämlich dem Mann von Khaleda Zia -, schaden werde.

Beobachter sehen die BNP-Führung, einschließlich Khaleda Zia, von rechtsgerichteten militanten Islamisten umgeben, die versuchen, die Partei unter ihre Kontrolle zu bringen und den Einfluß der früheren Freiheitskämpfer einzuschränken. Diese internen Konflikte haben oftmals zu Gewalt bis hin zu Mord zwischen den Fraktionen geführt.

(Übersetzung: J. Clemens)